

CK 29. Aug. 89 12

i.A. 22.14.7.3.-SWL/BRS

Bern, den 28. August 1989

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 35/89

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) 8. Treffen der Umweltminister der Schweiz, der Bundesrepublik, Oesterreichs und Lichtensteins. Wien, 17./18. August 1989	2
2) Gespräch zwischen dem stellvertretenden Aussenminister der UdSSR, Adamischin (A.), insbesondere zuständig für Afrika, und Staatssekretär Jacobi (JAC) in Begleitung von Botschafter J. Staehelin (SIN), 18.8.1989	5



8. Treffen der Umweltminister
der Schweiz, der Bundesrepublik, Oesterreichs und Liechtensteins
Wien, 17./18. August 1989

Die Beratungen der vier für die Umweltbelange zuständigen Minister der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Oesterreichs und des Fürstentums Liechtenstein * an ihrem achten Treffen in Wien am 17./18. August 1989 begannen mit einem Informationsaustausch über beschlossene und geplante gesetzgeberische Massnahmen.

Verschiedene Einzelbereiche von gemeinsamem Interesse, denen sich die Minister dann zuwandten, waren durch Expertengruppen vorbereitet worden (beispielsweise die Waldschadenserhebung oder die Abfallproblematik). Diese Arbeiten sollen weitergeführt und ergänzt werden durch eine weitere interdisziplinäre Expertengruppe über Lenkungsabgaben: Es herrschte Einigkeit darüber, dass die ordnungspolitischen (Gebote und Verbote) durch lenkungsbezogene marktwirtschaftliche Massnahmen ergänzt werden müssen und dass die Vorbereitung letzterer in gemeinsamer Absprache voranzutreiben wäre.

Die Minister bedauerten, dass die Waldschadenserhebungen auch in ihren Ländern immer noch von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen, und sie beschlossen, dringend gemeinsame technische Grundlagen für die Schadenserhebung und besonders auch abgestimmte Methoden zur Schadensbewertung zu entwickeln.

Beim Thema der Abfallbewirtschaftung wurde namentlich die rasche Umsetzung der Prinzipien der Basler Konvention (Stichworte: Vermeidung, Wiederverwertung, umweltgerechte Entsorgung möglichst nahe beim Ort der Hervorbringung) in innerstaatliches Recht angesprochen.

* Bundesrat Flavio Cotti
Klaus Töpfer, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BRD)
Marilies Flemming, Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie (A)
Herbert Wille, stellvertretender Regierungschef (FL)

Der Einführung von Gaspendelleitungen zum Betanken von Fahrzeugen an Tankstellen wurde als technische Massnahme zur Verringerung von Benzindampfemissionen (VOC) gegenüber dem Einbau von Aktivkohlekanistern in den Fahrzeugen selber aus den von der Schweiz vorgebrachten Gründen der Vorrang gegeben. Der bundesdeutsche Umweltminister begrüsst die gemeinsame Ausrichtung der diesbezüglichen Politik der vier Staaten auch als Schützenhilfe für die Bundesrepublik und erwähnte als zusätzliches Argument, dass der Einbau von Kohlekanistern der EG-Normierung unterliegt und damit eine weitere Verzögerung unvermeidlich wäre.

In diesem Zusammenhang wurde auch das gemeinsame Vorgehen bei den Verhandlungen über ein Protokoll über Kohlenwasserstoffe (VOC) im Rahmen des Exekutivorgans des Genfer Uebereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung bekräftigt.

Ein Schwerpunkt der Beratungen der Minister stellte die Belastung der Umwelt generell und insbesondere in den Alpen durch den Schwerverkehr auf der Strasse dar. Sie waren sich einig über die Notwendigkeit seiner beschleunigten Rückverlagerung auf die Schiene, und die übrigen Minister begrüsst die schweizerischen Pläne zur mittel- und längerfristigen Verbesserung der Infrastruktur der Eisenbahnen für den kombinierten Verkehr. Es wurde aber auch eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Lastwagen gefordert. Der bundesdeutsche Umweltminister plant eine rasche Verschärfung der in der Bundesrepublik zur Zeit geltenden Grenzwerte für gasförmige Emissionen, für Partikelemissionen (unter Einsatz des Russfilters) und für Lärmemissionen sowie gleichzeitig auch die Vorbereitung einer weiteren Verschärfung dieser Normen. Angesichts der zu erwartenden langsameren EG-Gangart könnte die Bundesrepublik auch nationale Lenkungsmaßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses vorsehen. Die Minister waren sich einig in ihrer Einschätzung, dass, nachdem eine einschneidende Rückverlagerung des Gütertransports erst längerfristig realisierbar ist, jede kurzfristig erreichbare Verringerung der Lastwagenemissionen wesentlich zur Entspannung und Dedramatisierung der Lage im Schwerverkehrssektor beitragen würde.

Die Minister verpflichteten sich zu einer aktiven Teilnahme an der Internationalen Alpenschutzkonferenz in Berchtesgaden (9.-11. Oktober

1989) und an den entsprechenden Vorbereitungen.

Die Errichtung der Europäischen Umweltagentur mit einem Umwelt-, Warn- und Informationsnetzwerk ist als Anwendungsfall des an der Konferenz von Noordwijk (25./26. Oktober 1987) beschlossenen Mechanismus zur Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen EFTA- und EG-Staaten und der EG-Kommission im Umweltbereich zu betrachten. Der bundesdeutsche Umweltminister wird sich dafür verwenden, dass diese Agentur eine selbständige Rechtsnatur analog etwa zu COST erhalten wird, damit die EFTA-Staaten gemäss ihrem an ihrer Ministertagung von Kristiansand (13./14. Juni 1989) zum Ausdruck gebrachten Willen von allem Anfang an vollberechtigt dabei sein und auch noch weitere (osteuropäische) Staaten sich anschliessen können. Der Beitritt der EFTA-Staaten könnte an der zweiten Ministerkonferenz im Rahmen des Noordwijk-Prozesses, die an einem noch festzulegenden Datum in der Schweiz stattfinden wird, vollzogen werden.

Schliesslich betonten die Minister auch die Wichtigkeit und Dringlichkeit der im Rahmen von WHO und UNEP laufenden Verhandlungen über die drohenden Klimaveränderungen, deren Auswirkungen und die zu ergreifenden Massnahmen. Sie kamen überein, ihre Anstrengungen in diesem Zusammenhang ebenso wie jene zu einer umfassenden Vorbereitung der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 zu koordinieren.

Gespräch zwischen dem stellvertretenden Aussenminister der UdSSR, Adamischin (A.), insbesondere zuständig für Afrika, und Staatssekretär Jacobi (JAC) in Begleitung von Botschafter J. Staehelin (SIN), 18.8.1989

A., der an einer von privaten Kreisen organisierten Tagung in der Schweiz teilgenommen hat, die der Entwicklung im südlichen Teil Afrikas gewidmet war, kam anlässlich eines Mittagessens mit JAC und SIN zusammen, um einen allgemeinen Gedankenaustausch zu führen.

Mit Bezug auf Namibia bemerkte A., dass der Prozess mehr oder weniger normal verlaufe. Es werde zu Wahlen kommen und die SWAPO werde diese Wahlen gewinnen. Es sei dann an der SWAPO und Südafrika, Lösungen für ihre bilateralen Probleme zu finden. Die UdSSR werde dazu Impulse geben. A. fügte bei, dass er dem Generaldirektor des südafrikanischen Aussenministeriums Neil van Heerden glaube, wenn dieser sage, die südafrikanische Position mit Bezug auf Namibia sei unumkehrbar.

Hinsichtlich Angola drückte A. seine Beunruhigung aus. Sawimbi habe leider sofort das Abkommen von Gbadolite unterlaufen. Dieses Abkommen habe gewisse Lücken und Interpretationsmöglichkeiten. Er wisse nicht, was Sawimbi eigentlich wolle. Es bestehe aber das Risiko, dass die Gegenseite es Sawimbi gleich mache. Dann wäre der kriegerische Zustand wieder hergestellt, was die UdSSR unter allen Umständen vermeiden möchte. Die UdSSR arbeite in dieser Sache mit den USA zusammen, doch unterstützten diese Sawimbi weiterhin. Dies sei unverständlich und es sei schwer begreiflich, was die USA mit der weiteren Unterstützung von Sawimbi bezweckten. Die Position der UdSSR sei die folgende:

1. Der Krieg in Angola muss aufhören. Es handelt sich um ein "unnötiges" Problem, das die UdSSR viel Geld gekostet hat.

2. Das Abkommen von Gbadolite muss vollständig eingehalten werden.
3. Mobutu muss der Hauptmittelsmann bleiben.
4. Wie die MPLA und UNITA ihre Probleme regeln, ist eine interne Angelegenheit, die ihnen überlassen werden muss.

Zu Punkt 4 ergänzte A., dass ihn die amerikanischen Absichten beunruhigten. Die Haltung der USA sei "ideologisiert" in dem Sinn, dass sie feste Meinungen über die Regelung der inner-angolanischen Verhältnisse hätten (Auflösung von MPLA und UNITA, Bildung einer einheitlichen Organisation bzw. Schaffung von 2 Parteien, Durchführung von Wahlen).

Zu Mozambique teilt A. die Auffassung von JAC, dass die RENAMO eine Organisation ohne klare Zielvorstellung ist. Allerdings glaubt A., dass sich die Lage in Mozambique schneller entwickeln kann als in Angola. Der Unterschied ist, dass die USA RENAMO nicht in eine Lösung einzubeziehen trachten. Ziel ist es, RENAMO eine ehrenhafte Kapitulation zu ermöglichen.

Zu Südafrika äusserte A. die Auffassung, dass nach den Wahlen der neuen Regierung eine Chance gegeben werden müsse. Veränderungen liegen in südafrikanischem Interesse. Allerdings versuche die Regierung, die Aussenpolitik von der Innenpolitik zu trennen, d.h. ihre aussenpolitische Situation zu verbessern, ohne grosse interne Veränderungen. Seine Gesprächspartner (Joaquim Chissano, ANC, Frontstaaten, gewisse Amerikaner) zweifelten an der Aufrichtigkeit von Frederick Willem de Klerk. Die UdSSR beabsichtige nicht, etwas an ihren Beziehungen mit Südafrika zu ändern. Sie unterstützt die ANC, die Frontstaaten und den Boykott; sie unterhält aber auch periodische Kontakte mit südafrikanischen Behördenvertretern. Nach A., der auf einen Sieg der regierenden nationalistischen Partei hofft, werden de Klerk von den USA ca. 6 Monate gegeben. Dann wird sich das Problem der Verstärkung der

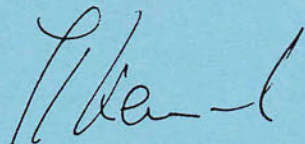
US-Sanktionen stellen. Die UdSSR glaubt an die Wirksamkeit von Sanktionen, wobei sie diese allerdings im Gegensatz zu andern Staaten zu 100 % einhält.

Zu Polen und Ungarn bemerkt A., dass die Entwicklung in diesen Ländern durch interne Machtverhältnisse bestimmt werde, unabhängig davon ob es der UdSSR gefällt, wer was tut. Die beiden Länder agierten selbständig und das werde auch so bleiben, unabhängig davon, wie sich die Lage entwickeln wird. Die UdSSR werde ihre Verpflichtungen gegenüber Polen und Ungarn einhalten. Zu Gunsten von Polen leiste die UdSSR im übrigen auch jetzt noch massive Hilfe. A. fügt bei, dass die UdSSR Beziehungen zu den verschiedensten Kräften in Polen hat. Falls es diesen gelingt, ihr Ziel zu erreichen, solle das so sein. Die UdSSR habe den Besuch von Bush in Ungarn und Polen mit Gleichmut verfolgt. Die USA würden ja unterstreichen, dass sie kein Interesse an einer Destabilisierung hätten. Auf die Erläuterungen von JAC über von der Schweiz geplante Massnahmen zu Gunsten von Polen und Ungarn und deren Hintergrund, der nicht politischer Natur im Sinne eines Versuchs der Herauslösung dieser Länder aus dem Einflussbereich der UdSSR ist, reagierte A. mit dem Hinweis, dass er gerne davon Kenntnis nehme. Auf die Frage von SIN, was A. unter Destabilisierung verstehe, (sind wirtschaftliche und politische Reformen stabilitätsgefährdend, solange die aussenpolitische und militärpolitische Zusammenarbeit nicht in Frage gestellt wird?) antwortete A. ausweichend. Es sei zu früh, dazu Stellung zu beziehen. Die UdSSR habe ihre Vorstellungen darüber, was Destabilisierung bedeute. A. fügte bei, Walesa selbst habe klargemacht, dass er keinen aussenpolitischen Wechsel anstrebe. Auch zu denkbaren zukünftigen Entwicklung in Ungarn und Polen wollte sich A. nicht im Einzelnen äussern. Er liess allerdings durchblicken, dass man sowjetischerseits die gegenwärtige Entwicklung nicht erwartet habe.

Zur Nationalitätenproblematik in der UdSSR gestand A. ein, dass sie in mancher Hinsicht ausser Kontrolle geraten ist. Die staatliche Gewalt kontrolliere die Situation nicht wie früher. Nach A. sind Aenderungen nicht möglich ohne Aktivierung der Massen. Diese können aber ausser Kontrolle geraten. Früher habe sich Gorbatschow darüber beklagt, dass man seine Aufrufe nicht befolge. Heute habe man den Eindruck, dass fast zu stark auf diese Aufrufe reagiert werde. Er glaube aber, und wie er meine mit gutem Grund, dass die Lage bewältigt werden könne. Das politische Verständnis des Volkes wachse und es werden weniger Fehler gemacht als früher, als die Menschen weniger politisiert gewesen waren. Davon abgesehen habe die Sowjetunion einen ausgezeichneten Führer!

Zum Abschluss stellte A. in Zusammenhang mit der Diskussion gewisser wirtschaftlicher Probleme die Frage nach kompetenten schweizerischen Wirtschaftsfachleuten und äusserte den Wunsch, eine Delegation sowjetischer Wirtschaftler in die Schweiz schicken zu können, um sie hier mit Fachleuten zusammen zu bringen.

J.-P. Keusch



Bern, den 29.08.89

V. A. 22.14.7.3.

Interne Verteilerliste

CK 29. Aug. 89 12

Betrifft:

IH 35/89

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
KSZE-Dienst	Botschafter Schenk	SBL
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Fivat	LA FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti Hr. Pardo	SIN PGF PR
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Frau Favre	RUE FE
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koordinator Internationale Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch Minister Erard Minister Gyger	KJP ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Reich	BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersond	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern
(durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon.	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse
Damaskus	Mexiko	après des O.I., Wien
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP

CK 29. Aug. 89 12